

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/22

31. Januar 1973

Mehr europäische Demokratie wagen!

-----  
Unabdingbarer Zwang für die Europäische Gemeinschaft

Von Walter Behrendt MdB  
Präsident des Europäischen Parlaments

Seite 1 und 2 / 95 Zeilen

Eine politisch selbstbewusste junge Generation

-----  
Die Jugend will selbst mitgestalten und Taten sehen

Von Rudolf Hauck MdB  
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für  
Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 3 und 4 / 66 Zeilen

Zukunft von Grund auf neu überdenken

-----  
Anmerkungen zum Entwurf des Langzeitprogramms  
der SPD

Von Martin Neuffer  
Mitglied der Langzeitprogramm-Kommission beim  
SPD-Vorstand und Oberstadtdirektor in Hannover

Seite 5 und 6 / 70 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Wirklich primitive Vorurteile westdeutscher  
Beobachter"

-----  
Seite 7 / 41 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 686 646 / 686 647/  
686 648 PPF D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Mehr europäische Demokratie wagen!

---

Unabdingbarer Zwang für die Europäische Gemeinschaft

Von Walter Behrendt MdB

Präsident des Europäischen Parlaments

Schon die ersten Sitzungen der erweiterten Europäischen Kommission, des Ministerrates und des Europäischen Parlaments haben bestätigt, daß die Gemeinschaft der Neun mit einer erhöhten Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit rechnen kann. Damit besteht endlich die Hoffnung, aus dem geschlossenen Zirkel einer abgeschiedenen, oft unverständlichen und im Grunde nicht transparenten Beschlußfassung auszubrechen und die europäische Öffentlichkeit näher an das heranzuführen, was in Brüssel, Luxemburg und Straßburg geschieht.

Es ist klar, daß der Begriff Öffentlichkeit dabei letzten Endes den einzelnen Bürger anvisiert, und zwar über die Vermittlung über die Massenmedien, über politische und wirtschaftliche Organisationen und andere Träger von Gruppenmeinungen. Dieser Bürger jedoch kann nicht nur Objekt einer Berichterstattung sein. Information und politische Meinungsbildung sind keine Einbahnstraßen, sondern müssen durch die Möglichkeit der Einflußnahme durch Frage, Anregung, schließlich durch Kontrolle und Mitentscheidung ihre Ergänzung, vielleicht sogar erst ihren eigentlichen Sinn finden.

Die größere Öffentlichkeit bedeutet für die Gemeinschaft deshalb auch eine Verpflichtung, die Verpflichtung nämlich, den demokratischen Prozeß in Gang zu setzen, von dem so viel gesprochen und für den so wenig getan wird. Denn eines ist klar: Die vielen Festreden anlässlich der Erweiterung der Gemeinschaft bringen die Demokratisierung um keinen Millimeter weiter. Wenn die Geschichte der Integration an einem Element besonders reich ist, dann an Lippenbekenntnissen führender Politiker, denen konkrete Taten nur spärlich gefolgt sind.

Nun wäre es ein Trugschluß, den man nur als historisch bezeichnen könnte, zu glauben, daß man auf das gegenwärtige technokratische Beschlußfassungsverfahren der Gemeinschaft so schwergewichtige Dinge wie eine Wirtschafts- und Währungsunion und eine Politische Union gleichsam obendrauf setzen könne. Für jeden Einsichtigen steht fest, daß ein derartiger Versuch zu einem Zusammenbruch selbst der bisher beschränkten Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft führen würde.

Wenn wir also weitergehen wollen mit der Gemeinschaft in die viel beschworene neue Dimension sowohl nach innen als auch nach außen, dann sind wir gezwungen, ein institutionelles System zu entwickeln, das den erforderlichen Aufgaben angemessen ist. Dies

ist keine Frage von Doktrinen oder Denkschulen, sondern eine Frage politischer Notwendigkeit.

Um nur das Beispiel der Wirtschafts- und Währungsunion zu erwähnen: Man kann sich nicht vorstellen, daß die erforderlichen Beschlüsse, die nicht nur den Ablauf der Konjunktur, sondern auch die langfristige Entwicklung der einzelnen Bereiche der Wirtschaftstätigkeit und schließlich der Regionen entscheidend beeinflussen werden, ohne eine unmittelbare Beteiligung der Betroffenen gefaßt werden. Denn zumindest indirekt werden hier Wachstumsraten festgelegt, und zwar nicht nur global, sondern auch spezifisch, und es werden recht bindende Aussagen, etwa über die Entwicklung der Lohnquoten, zu treffen sein. Bleibt die politische Infrastruktur einschließlich der Parteien, der Gewerkschaften und der Wirtschaftsverbände eindeutig im nationalen Rahmen, dann entsteht ein harter politischer Zwiespalt zwischen der bürokratisch-europäischen Beschlußfassung und der nationalen Realität, in der Interessenkonflikte weiterhin auszukämpfen sein werden. Die Lösung kann nur heißen, echte demokratische Institutionen zu entwickeln, die sich auf immer stärker kooperierende europäische Parteien und auf europäische Gewerkschaften stützen können.

Diese Entwicklung kann nicht am Europäischen Parlament vorbeilaufen, sondern sie muß auf dieses Parlament zulaufen. Die neuen Mitglieder, und hierbei vor allem die Briten, kommen mit großen Vorstellungen von den Möglichkeiten nach Straßburg, die dieses Parlament schon jetzt wahrnehmen könne. Man wird ihre Vorstellungen aufmerksam prüfen und versuchen, so viel wie möglich von dieser erfreulichen Dynamik in die Realität umzusetzen. Jedoch steht schon heute fest, daß noch so interessante Debatten eine Beteiligung an der Beschlußfassung nicht ersetzen können. Die Organe der Gemeinschaft stehen nicht in dem Verhältnis etwa des Bundestages zur Bundesregierung oder des britischen Parlaments zur Regierung Ihrer Majestät. Diese Regierungen sind unmittelbar parlamentarisch abhängig und deshalb nur zu sehr daran interessiert, auf das zu hören, was das Parlament sagt, auch wenn in bestimmten Bereichen die Entscheidungskompetenz letztlich bei ihnen liegt.

Die Entscheidungsinstanz in der Gemeinschaft jedoch, der Ministerrat, ist gegenüber dem Europäischen Parlament keinerlei Kontrolle unterworfen. Hinzu kommt noch, daß er nicht nach der Art einer Regierung funktioniert mit einer verantwortlichen ständigen politischen Spitze, die eine Gesamtpolitik entwickeln und vertreten kann, sondern daß er eine sehr unbewegliche Beschlußfassungsmaschinerie geworden ist, bei der auch wichtige Entscheidungen in undurchsichtigen Ausschüssen und Unterausschüssen nationaler Beamten so vorbereitet werden, daß sehr oft für die Minister, die nach Brüssel anreisen, kaum noch ein Entscheidungsspielraum besteht.

Hier mehr demokratische Kontrolle und parlamentarische Beteiligung an der Beschlußfassung hineinzubringen, wird ein Wagnis sein. Ein Wagnis zumindest für die Regierungen, die bisher glauben, die verfilzte Entscheidungsmaschinerie noch vollkommen in der Hand zu haben. Aber wenn wir voranschreiten wollen, und wir sind dazu verdammt voranzuschreiten, dann müssen wir auch dieses Wagnis mit Mut und Umsicht anpacken. Mehr europäische Demokratie als bisher zu wagen, wird jeder Regierung der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft zur Ehre gereichen.

(-/31.1.1973/bgy/ex)

## Eine politisch selbstbewußte junge Generation

Die Jugend will selbst mitgestalten und Taten sehen

Von Rudolf Hauck MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Jugend/Familie/Gesundheit

Über 4,6 Millionen junge Menschen in diesem Lande hatten am 19. November 1972 erstmalig Gelegenheit gehabt, durch ihre Stimmabgabe über die politische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland mitzuentcheiden. Bei der Herabsetzung des Wahlalters haben alle Parteien die Hoffnung ausgesprochen, daß die Jung- und Erstwähler ihre Chance nutzen und durch ihr politisches Engagement Verantwortung mittragen sollten. Heute können wir nun sagen, daß der überwiegende Teil der jungen Generation von seinem Wahlrecht Gebrauch gemacht hat, und daß die Wahlbeteiligung der Jungwähler nicht mehr so stark unter dem Durchschnitt aller Wahlberechtigten liegt, wie wir es viele Jahre registriert haben. Für meine Freunde und mich war einer der stärksten Eindrücke dieser letzten Monate das starke politische Engagement unserer Jugend gewesen. Über zwei Drittel dieser jungen Wähler haben erkannt, daß die Regierungsparteien die besseren Alternativen zur Lösung der dringenden Probleme unserer Zeit anzubieten haben. Das bedeutet für uns den verstärkten Auftrag, die Friedens- und Entspannungspolitik konsequent fortzusetzen und ein zukunftsorientiertes gesellschaftspolitisches Konzept zu verwirklichen, um die Qualität des Lebens entscheidend zu verbessern.

Junge Menschen von heute lassen sich nicht auf Spezialthemen in der Politik festlegen, sie sind nicht nur an jugendpolitischen Programmen interessiert, sondern sie wollen vor allem die Fortentwicklung der Gesamtgesellschaft. So ist aus der skeptischen Generation der 50er Jahre und der unruhigen Jugend der 60er Jahre eine politisch selbstbewußte junge Generation geworden, die in der Politik mitwirken und mitgestalten will. Sie will die Verantwortlichen kritisch begleiten, sie will nicht nur am Wahltag gefragt sein, sondern selbst ihre Stimme erheben und Taten sehen.

Wir Sozialdemokraten haben Verständnis für jene, die auf dem Boden unserer demokratischen Grundordnung für die Verbesserung und Fortentwicklung unseres Staats- und Gesellschaftswesens eintreten. Wir brauchen die Fortentwicklung unserer Gesellschaftsordnung und

Ich bin immer noch der Überzeugung, daß es sich lohnt, für mehr Demokratie, für die Sicherung des Friedens, für innere Reformen, für mehr soziale Gerechtigkeit, für den Abbau ungerechtfertigter Privilegien, für mehr Chancengleichheit und für bessere Bildung zu kämpfen und zu streiten.

Sehen wir uns doch um, wie es in manchen Bereichen noch aussieht! Ich denke hier an das Vorschulwesen, an die Situation der Behinderten, an das Obdachlosenproblem, und an die Kinder der sich ohnehin schon in schwierigen Verhältnissen befindlichen ausländischen Arbeitnehmer.

Wir wissen doch, daß ein hoher Prozentsatz der aus den unteren Einkommenschichten stammenden jungen Menschen nachweisbar noch immer nur geringere und unvollkommene Chancen der beruflichen und menschlichen Entfaltung hat. Dies ist beunruhigend. Dazu kommt noch, daß man bei einem großen Teil der ungelernen jungen Arbeitnehmer - insbesondere der weiblichen - sogar von einer sozialen und kulturellen Unterprivilegierung sprechen kann. Junge Menschen sehen diese Tatbestände und fordern uns zum Handeln auf.

In der Regierungserklärung sind diese Probleme angesprochen und ich möchte noch einmal einige jugend- und bildungspolitische Schwerpunkte nennen: Verbesserung der beruflichen Bildung; Überarbeitung des Jugendarbeitsschutzgesetzes; Herabsetzung des Volljährigkeitsalters; verstärkte Hilfen für die junge Familie; Fortentwicklung der Ausbildungsförderung; Entwicklung einer langfristigen Perspektive für den Bundesjugendplan; und Verstärkung der internationalen Jugendbewegung.

Das sind nur einige Schwerpunkte, die aber zeigen, daß die Bundesregierung und die sie tragende sozialliberale Koalition gewillt sind, die bewährte Politik fortzuführen, jungen Menschen mehr Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte zu geben und auch den begonnenen kritischen Dialog mit der Jugend und ihren Repräsentanten fortzusetzen.

(-/31.1.1973/bgy/ex)

+ + +

Zukunft von Grund auf neu überdenken

Anmerkungen zum Entwurf des Langzeitprogramms der SPD

Von Martin Neuffer

Mitglied der Langzeitprogramm-Kommission beim  
SPD-Vorstand und Oberstadtdirektor in Hannover

Der Entwurf des Langzeitprogramms war auf der Grundlage des Godesberger Grundsatzprogramms zu entwickeln. Die Kommission hat daraus abgeleitet, daß die gesellschaftspolitischen Ziele auf dem Weg von Reformen zu verwirklichen sind. Der Rahmen unseres derzeitigen gesellschaftlichen Systems, das in politischer Hinsicht als freiheitlich-demokratisch und in wirtschaftlicher Hinsicht als kapitalistisch-marktwirtschaftlich zu kennzeichnen ist, wurde in seinen Grundzüge als gegeben angenommen.

Ich halte dies auch für richtig. Einmal entspricht diese Auslegung sicher den Absichten, die mit dem Godesberger Beschluß von 1959 verbunden waren. Zum anderen kann erst eine auch quantitativ-langfristige Auslotung des Reformspielraums und der Dehnungsgrenzen dieses Systems Aufschluß darüber geben, ob und wo Systemveränderungen notwendig werden, um das sozialistische Ziel einer im umfassenden Sinne freiheitlich-egalitären Gesellschaft zu erreichen.

Der Entwurf ist dieser Aufgabe nur begrenzt gerecht geworden. Vor allem die langfristige Quantifizierung ist erst im Ansatz gelungen. Die Bildung von Prioritäten durch eine veränderte Gewichtung der öffentlichen Aufgabenbereiche bis 1985 bleibt in ihren gesellschaftspolitischen Auswirkungen unklar. Denn die Beziehungen zwischen dem geplanten Ausgabenvolumen der einzelnen Bereiche und den damit zu finanzierenden Reformschritten werden nicht sichtbar und nachvollziehbar.

Die Gründe hierfür liegen einmal in der mangelnden Arbeitskapazität der Kommission. Vor allem fehlt es aber bisher völlig an einem entwickelten Instrumentarium für eine langfristige politische Planung mit den zahllosen wechselseitigen Abhängigkeiten

und Rückwirkungen spezieller Maßnahmen und Investitionen zueinander.

So weit der vorliegende Entwurf aber auch hinter der Aufgabenstellung und den an ihn geknüpften Erwartungen zurückbleibt - so wertvoll und wichtig ist er als erster groß angelegter Versuch realistischer gesellschaftlicher Langzeitprogrammierung. Der für unsere künftige Existenz entscheidende Durchbruch zu rationaler Politikplanung ist hier im Grundsatz vollzogen. Auf diesem Weg muß konsequent fortgeschritten werden.

Auf besondere Kritik sind die Wachstumsannahmen - die ja zugleich Mittel-Ziele sind - gestoßen. Was dazu bisher vorgebracht wurde, insbesondere in der ersten Stellungnahme der Jungsozialisten, hat mich nicht zu überzeugen vermocht. Der Raum für eine Auseinandersetzung mit dieser Schlüsselfrage des Entwurfs steht hier nicht zur Verfügung. Nur: Ein Wachstumsverzicht oder - was in diesem Zusammenhang das gleiche bedeutet - ein voller Übergang von quantitativem auf qualitatives Wachstum müßte die Möglichkeiten zur Durchsetzung einer egalitär-freiheitlichen Gesellschaft offensichtlich unerträglich einengen. Dieser Weg kann erst zu allerletzt ins Auge gefaßt werden.

Die Studie des "Clubs von Rom" hat wohl alle politisch wachen Menschen zutiefst beeindruckt (sie erschien übrigens erst nach Abfassung des LZP-Entwurfs). Aber die Konsequenz, die daraus für uns zu ziehen ist, darf nicht von vornherein in resignativem Wachstumsverzicht und dem Abschreiben aller mit dem Wirtschaftswachstum verbundenen politischen Gestaltungsmöglichkeiten liegen.

Vielmehr kommt es offensichtlich vor allem darauf an, die Ergebnisse eines noch möglichen zukünftigen Wachstums voll dem sozialen Ausgleich und der Durchführung der Reformen zugute zu bringen. Das setzt einen Einkommensstop "oben" ebenso voraus wie eine Umverteilung von Vermögen und eine straffe politische Lenkung der Investitionen und der Produktion. Dafür werden staatliche Steuerungs- und Kontrollinstitutionen zu schaffen sein, die in wirksamer Weise kaum noch auf der nationalen Ebene angesiedelt werden können.

Wir müssen die Zukunft von Grund auf neu überdenken. Die Fortschreibung und Überarbeitung des Langzeitprogramm-Entwurfs wird dazu reichlich Gelegenheit bieten. Einer internationalen politischen Strategie wird dabei hervorragende Bedeutung zukommen.  
(-/31.1.1973/bcy/ex)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Wirklich primitive Vorurteile westdeutscher Beobachter"

Der Ostberliner Staatssender "Radio DDR" hat am 28. Januar 1973 in einem Kommentar die ersten langfristigeren Erfahrungen aus den Kontakten mit den Bürgern der Bundesrepublik und Westberlins behandelt. Wir veröffentlichen einen Auszug:

"...Es ist nicht zu überhören, dass in der Bundesrepublik jetzt viel von Lebensqualität geredet wird. Was es damit auf sich hat, haben wir in der millionenfachen Konfrontation mit den westdeutschen Besuchern recht gut erfahren. Sicher ist es schwer, wenn nicht unmöglich, einen solchen massenweisen Austausch von Gedanken und Erfahrungen global einzuschätzen, aber gewisse Tendenzen zeichnen sich ab.

Eine dieser Tendenzen scheint mir das Aufeinandertreffen eines ausgeprägten Konsumdenkens vieler Bundesbürger mit einer doch ebenso ausgeprägten politischen Interessiertheit vieler DDR-Bürger zu sein. Das hat bei manchen auf unserer Seite zu einer gewissen Enttäuschung, um nicht zu sagen Ernüchterung geführt. So ein Mangel an politischem Interesse, aber auch wirklich primitive Vorurteile, dieses penetrante Gerede über Geld und um Geld, und dieses schreckliche Prestigedanken wirken auf uns, wie soll ich sagen, zumindest befremdend. Wir merken bei diesem Gespräch, dass unser Leben menschlichere Züge trägt, inhaltsvoller geworden ist: das Leben hat doch einen Sinn. Wir wissen am besten, meine Hörer, wie vieles noch unvollkommen ist bei uns, aber wenn wir aus der BRD das alles so hören, spüren wir, daß wir ein ganz schönes Stück weiter sind.

Da ist doch in der Bonner Regierungspolitik jetzt allen Ernstes die Forderung erhoben worden, den Frauen gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu zahlen. Machen die sich drüber klar, wie so etwas auf uns wirkt? Diese Problematik ist für uns längst vergessen, und es ist wirklich für uns schwer zu fassen, daß es in einem als entwickelt geltenden Land wie der Bundesrepublik so etwas gibt, ein elementares Recht der Gleichberechtigung noch unerfüllt ist. Die haben ja auch noch den Paragraphen 218! Das meine Hörer, sind Probleme der Menschen, der Frauen, des Lebens. Dabei verbreiten wir uns noch nicht einmal über die Kriminalität in den USA, die noch nie dagewesene Ausmaße angenommen hat, obwohl in der Bundesrepublik auch Beachtliches auf diesem Gebiet geleistet wird und in der öffentlichen Meinung dieser Länder von einer moralischen Zersetzung aller menschlichen Werte, von einer Aufweichung aller Ideale, die das Leben lebenswert machen, gesprochen wird. Was, wenn nicht diese menschlichen Werte, machen den Inhalt des Lebens aus?"

(-/31.1.1973/mäu/ez)